



Politik

für eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft

Grundsätze und Konkretionen aus christlicher Sicht

Eine VERLAUTBARUNG der
EVANGELISCHEN AKADEMIKERSCHAFT IN DEUTSCHLAND e.V.

Glauben – Denken – Handeln

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) e. V.
ist eine Gemeinschaft von Frauen und Männern,
die sich in ihrem Denken und Handeln
am christlichen Glauben orientieren.

Ihre Mitglieder stellen sich
den geistigen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zeit
auf der Grundlage der befreienden Botschaft der Bibel.

Sie helfen einander dabei,
den christlichen Glauben
in Familie, Beruf und Gesellschaft zu leben
und sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
einzusetzen.

Die EAiD wendet sich nicht allein
an akademisch Vorgebildete und Angehörige einer bestimmten Konfession.
Sie ist offen für alle, die sich ihre Ziele zu eigen machen.

(Paragraf 1 der Satzung)

*Evangelische Akademikerschaft in Deutschland
Geschäftsstelle (Marina Meier): Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart
Tel: 0711/282015, Fax: 0711/2628115, eMail: evangakadid@t-online.de*

1997 erschien das „Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Seine Aussagen, so urteilte einige Jahre später der damalige Ratsvorsitzende der EKD, Präses Manfred Kock, sind ein „Stachel geblieben“.

Wer heute, nach 10 Jahren, über „eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ nachdenkt, wird das Sozialwort der Kirchen an einigen wesentlichen Punkten weiterschreiben wollen.

Christen leben aus einem Schatz geschichtlicher Erinnerungen, der sie in besonderer Weise mit den Herausforderungen der Gegenwart konfrontiert. Dieser Schatz gibt ihnen ein Bewusstsein dafür, dass sie als Teil der weltweiten „Oikumene“, der ganzen Schöpfung Gottes, eine Verantwortung und zugleich große Möglichkeiten haben, menschenfreundliche Formen des Lebens und Wirtschaftens zu gestalten. Was sie tun und lassen, kann daran gemessen werden, ob es ein Leben „in Fülle“ für alle fördert und dabei Gottes Schöpfung bewahrt.

Aus diesem Beweggrund und mit dieser Perspektive wird hier erneut versucht, auf einigen besonders problemhaltigen Politikfeldern Grundsätze und Konkretionen einer Politik für eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft zu entwerfen.

Dezember 2006 / April 2007

Elvise Röhlig Margret Schomborn

(Für den Vorstand)

(Für den Arbeitskreis Gerechtigkeit)

Inhalt

SOZIALSTAATLICHE MARKTWIRTSCHAFT – ERWERBSARBEIT - BÜRGERGELD	3
BILDUNG UND SCHULE	7
FAMILIEN UND KINDER	10
INTEGRATION IN DEUTSCHLAND	12
EINHEIT DEUTSCHLANDS	14
EINHEIT EUROPAS	16
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT - PERSPEKTIVE FÜR DIE EINE WELT	20
ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT	25
Klimawandel	25
Ökonomie und Umwelt	25
Zwischen Anpassen und Vermeiden	26
Nachhaltige Energiewirtschaft	25
Die drei Säulen der Energiewende	26
Handlungsperspektiven	29
Maßnahmen	29
NACHWORT	31
DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES GERECHTIGKEIT	32

Sozialstaatliche Marktwirtschaft – Erwerbsarbeit - Bürgergeld

Was muß geschehen, wenn die Menschen keine **Erwerbsarbeit** mehr finden? Der Abbau von Arbeitsplätzen kann nicht ausschließlich unter dem Kostenaspekt diskutiert werden. Auch wenn uns die Arbeitskosten im internationalen Wettbewerb Probleme bereiten, zeigen die anhaltenden Exporterfolge, dass wir noch konkurrenzfähig sind. Mit immer noch wachsender Produktivität erarbeiten wir ein Ergebnis, das allen die Teilhabe am Leben unserer Gesellschaft ermöglichen kann.

Wer behauptet, es sei genug Arbeit für alle da, wird auch von bezahlbaren Löhnen und den für die soziale Sicherung notwendigen "Nebenkosten" sprechen müssen. Für vier Millionen Arbeitslose gibt es bei uns nicht mehr genug Arbeitsplätze mit denen sich existenzsichernde Löhne erwirtschaften lassen. Diese viel zu vielen Arbeitslosen werden wir nicht durch immer neue high tech-, sondern nur mit noch mehr low tech- und no tech-jobs beschäftigen können. Seit vielen Jahren diskutieren wir, dass sich die Arbeitsgesellschaft von den traditionellen Beschäftigungsfeldern der Industriefertigung weg zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wandelt. Diese Transformation ist in vollem Gang, auch Konjunkturschübe können sie nicht aufhalten. Die Arbeit in den Fabriken wird weiter abnehmen. Der vom industriellen Sektor abhängige Dienstleistungsbereich kann das nicht kompensieren. Der Mensch als wichtigster Produktionsfaktor wird abdanken. Wir werden immer noch arbeiten müssen, aber unser Wohlstand wird viel weniger von der Zahl der Beschäftigten abhängen.

Eine Aufspaltung des Arbeitsmarktes, mit steigenden Anforderungen an die Arbeitsbesitzer, lässt die auf der Strecke bleiben, die die Qualifikationen nicht erfüllen. Arbeit in einfachen Dienstleistungen bietet keine ausreichenden Löhne. Diese "Leichtlohnarbeitsplätze" lassen, nach Marktwert bezahlt, niemanden anständig leben: Höhere Löhne sind unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten dafür nicht zu bezahlen. Wollen wir nicht dem Beispiel der angelsächsischen Länder, insbesondere der USA folgen, und unsere Gesellschaft nicht in Besitzende und „working poor“ spalten, muss der Staat die Niedriglöhne subventionieren.

Die Unternehmen meistern den Druck auf ihre Konkurrenzfähigkeit primär durch technische Rationalisierung. Auch wenn sie selbst unter erschwerten Bedingungen gute Gewinne erzielen, dürfen sie nicht sämtliche „unrationell“ werdenden Arbeitskräfte umstandslos dem Staat vor die Tür schicken. Sie tragen, wie jede Unternehmensrichtlinie heute betont, Verantwortung nicht nur für Anteilseigner, sondern auch für Mitarbeiter. Die gesellschaftlichen Belange können nicht samt und sonders der Priorität des unternehmerischen Kalküls untergeordnet werden.

In der Zeit des "Wiederaufbaus" etwa ab 1950 konnten die Deutschen wännen, die ordoliberalen Doktrin Ludwigs Erhards werde zusammen mit ihrem Leistungswillen genügen, um "Wohlstand für Alle" in alle Zukunft sicherzustellen. Doch war diese Zeit eines fast zwangsläufigen Wachstums für die frühindustrialisierten Länder, in deren Kreis sich Deutschland nach 1945 wieder einreihen konnte, eine Ausnahmezeit. Seither haben sich die Konkurrenzbedingungen im Weltmaßstab dramatisch gewandelt. Fast die Hälfte der Menschheit ist im Verlauf von weniger als zwei Jahrzehnten zusätzlich in die Weltwirtschaft eingetreten. Ordoliberalen Marktwirtschaft

darf nicht im Sinn eines völlig deregulierten Marktliberalismus verstanden werden, der vorgeblich die Menschen aus den Fesseln des Sozialstaats lösen will. So verstanden, würde Marktwirtschaft die Menschen nicht zur Eigeninitiative befreien, sondern ihnen mit den Forderungen nach Flexibilität und Mobilität die schützende Ordnung rauben.

Nachhaltige Politik fordert eine **Sozialstaatliche Marktwirtschaft** als Institution, in der Solidarität zu verorten ist. Der Sozialstaat, wenngleich von der Wirtschaft abhängig, bildet deren eigenständiges Gegenüber. Sozialstaatliche Marktwirtschaft bringt wirtschaftliche Effizienz mit Gerechtigkeit zusammen. Bei allen Zumutungen, die eine unumgängliche Reform unseres Sozialstaats bedeuten wird, bleibt daran zu erinnern, dass wir in Europa nicht mehr vor dem existenziellen Problem von Zwang, Mangel und Not stehen, sondern vor der Aufgabe, eine gerechte Teilhabe an der Hervorbringung und Verteilung des gemeinsam zu erwirtschaftenden Wohlstands herbeizuführen. Das Junktim marktwirtschaftlicher Ordnung mit dem Recht auf Arbeit und der Forderung ausgleichender Umverteilung, einfach gesagt: die Annäherung an Zustände, denen die meisten zustimmen können, muss unter sich wandelnden Außenaspekten immer wieder neu justiert werden. In der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ist die nur an der individuellen Leistungszuordnung gemessene Teilhabe am Erwirtschafteten praktisch unmöglich. Anteile müssen auch den nicht direkt am Prozess Beteiligten, den Leistungsschwachen und den aus dem Prozess zungsweise Ausgeschiedenen zukommen.

Die grundlegenden Voraussetzungen für Freiheit und Gerechtigkeit, ein garantiertes Minimum materieller Anrechte und Sicherheit, müssen sich mit der institutionalisierten Vorsorge gegen die großen Lebensrisiken verbinden, um Chancengleichheit und Gerechtigkeit nicht unter dem Druck marktwirtschaftlicher Konkurrenz erodieren zu lassen.

Im Gegensatz zu einer radikal marktliberalen Fiktion besteht die Mehrheit der Bevölkerung nicht aus unabhängigen Wirtschaftssubjekten, sondern aus abhängigen Arbeitnehmern, die zum Teil ohne Arbeit sind. Deshalb muss ein universalistisch begründetes Anrechtssystem, verbunden mit einer kapitalistisch organisierten Angebotswelt, den Menschen ein selbstbestimmtes Dasein unter Verringerung und Kontrolle von Abhängigkeitsverhältnissen sichern.

Die Forderung nach Eigeninitiative kann nicht heißen, die Bürger ungeschützt den Lebensrisiken und den asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen lohnabhängiger Arbeit und Kapital auszusetzen. Der Konsens des sogenannten "rheinischen Kapitalismus" darf nicht einfach aufgekündigt werden, weil an ihm auch die Stabilität unserer Demokratie in wirtschaftlichen Krisenzeiten hängt.

Die regulative Idee der Solidarität als Voraussetzung für Sicherheit und Ausgleich ist nicht einklagbar. Sie muss in den Institutionen des Sozialstaats "konstruiert" werden. Der Ort von Solidarität ist, so gesehen, die Solidargemeinschaft in dem Sinn, der diesem Wort durch unsere Sozialversicherungen gegeben wird.

Deutschland, und mit ihm Kontinentaleuropa, muss sich für eine Kombination von Wirtschafts- und Sozialsystem entscheiden, die Leistung erbringt, finanzierbar und für alle Bürger erträglich bleibt. Reformforderungen bekommen erst von diesem Ziel her den Charakter von Nachhaltigkeit statt bloßer Reparaturbemühungen. Wenn gut

bezahlte und sichere Arbeitsverhältnisse knapp werden, wird einer wachsenden Zahl von Menschen die materielle Grundlage für ihre bürgerlichen Anrechte beschnitten. Wie viel kann und muss der Staat zur Sicherung der Anrechte und Freiheiten beitragen, ohne dass die an ihn gestellten Anforderungen die Wettbewerbsfähigkeit des Ganzen gefährden?

Die allermeisten Menschen wollen arbeiten. Sie ziehen jede halbwegs einträgliche Arbeit der leistungslosen Unterstützung vor. Ihre Arbeit wird aber da, wo sie bisher tätig waren, nicht mehr gebraucht. Nicht jeder kann jede beliebige Tätigkeit als Ersatz ausführen. Was er allenfalls kann, wird vom Markt nicht ausreichend honoriert. Im globalen Markt ist zwar die menschliche Arbeit immer noch überwiegend ortsgebunden, die von ihr erzeugten Güter aber werden weltweit gehandelt. Wir können die Auswirkungen nicht nach dem Zufallsprinzip verteilen und dabei vorgeben, alles richte sich nach der Leistung. Eine Gesellschaft, in der es viel mehr Leistungswillige gibt als nur die Kader, die sich Leistung zuschreiben, eine solche Gesellschaft, die mit ihren ökonomischen Leistungen richtig umgeht, muss auch ihren Arbeitslosen zur Seite stehen.

Hier setzt das Konzept **Bürgergeld** an. Schon in den 60er Jahren ist dafür eine negative Einkommenssteuer, einer individuellen Zuwendung gleichkommend, vorgeschlagen worden. Statt "Armenfürsorge" zu sein, sollte das Bürgergeld zu niedrige Arbeitseinkommen ausgleichen. Mit dieser Art der Unterstützung soll immer der Anreiz verbunden sein, das Einkommen durch eigene Arbeit zu erhöhen, ohne dass die Unterstützten, falls sie gar keine Arbeit finden, in Existenznot geraten.

Wer vom „Bürgergeld“ spricht, statt von "Grundeinkommen" oder "Volkseinkommen", will den Bürger ernst nehmen, nicht nur den Wirtschaftsbürger mit seinem Gewinnstreben, den bourgeois, sondern den citoyen, mit seinem Verantwortungsgefühl für die res publica. Jeder ist als Bürger und jede als Bürgerin anzusprechen, auch wenn ihre Lebensverhältnisse prekär geworden sind. Dazu gehört die auf Loyalität gegründete Dauerhaftigkeit eines wenigstens bescheidenen Einkommens.

Das Konzept Bürgergeld kann unterschiedlich gestaltet werden. Im Sinne einer Negativsteuer hat es vor allem diese Merkmale:

- Es geht beim Bürgergeld um eine bezahlbare Sozialordnung mit einem wirklich freiheitlichen Menschenbild. Auch wer Hilfe annehmen muss, bleibt Bürger mit allen Rechten.
- Die unumgänglichen Subventionen für gering bezahlte Arbeit, die unverzichtbaren sozialen Sicherungen gegen die Lebensrisiken, die stets nötigen Transfers für den sozialen Ausgleich werden untereinander in Einklang gebracht.
- Niemand darf von der Finanzierung des Solidarfonds suspendiert werden und sich dafür auf besondere, im Wirtschaftsgeschehen bereits erbrachte Leistungen berufen. Alle müssen sich durch Beiträge und Steuern beteiligen.
- Das Bürgergeld zielt auf Abkehr vom Prinzip der Sozialhilfe. Über die verschiedenen Modelle zur Lohnsubventionierung hinaus soll die Unterstützung nahtlos in die Steuerpolitik übergehen. Das Sozialsystem soll nicht länger weitgehend beziehungslos neben dem Steuersystem stehen. Das Bürgergeld will alle Transfers zusammenfassen und mit der Steuerschuld verrechnen. Statt der Sozialämter wären nur noch die Finanzämter zuständig.

- Der gravierendste Fehler des bestehenden Systems, der mangelnde Anreiz zur Verbesserung des eigenen Lebensstandards durch Arbeitsaufnahme, würde behoben. Heutigen Sozialhilfeempfängern bleibt von einem Zuverdienst zu wenig in der eigenen Tasche. Das Bürgergeld bietet dagegen einen ständigen Anreiz zu eigener Erwerbsarbeit, und sei es in Teilzeit oder durch Gelegenheitsarbeit. Es trägt dann auch der Fluktuation zwischen Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Erwerbstätigen Rechnung und erleichtert die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Bürgergeld kann aber, über diese Vorstellungen hinaus, nicht nur als Zuwendung an die aus dem Arbeitsprozess Herausgefallenen konzipiert werden. In seiner radikaler gedachten Form wird es vom Gemeinwesen an alle seine Mitglieder an Stelle verschiedener Sozialbeihilfen ausgezahlt ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung. Den als mündig geltenden Bürgerinnen und Bürgern wird es überlassen, wofür sie dieses Einkommen ausgeben. Wie bei allen sozialpolitisch motivierten Umverteilungen, eröffnen sich natürlich auch hier Möglichkeiten des Missbrauchs.

Nach Lage der Dinge kann es sich beim Bürgergeld immer nur um ein knapp bemessenes Grundeinkommen handeln. An die „Übersorgten“ der Gesellschaft wird man appellieren müssen, aus Solidarität darauf zu verzichten. Bei der Mehrheit sprechen die soziologischen Erkenntnisse dagegen, dass eine wirklich nennenswerte Zahl von Arbeitsfähigen bereit wäre, wegen eines knappen Grundeinkommens auf den Lebenssinnsfaktor Arbeit dauerhaft zu verzichten.

Auch beim Bürgergeld geht es um die Überzeugung, dass Marktwirtschaft ohne effiziente Transfers nicht gerecht gestaltet werden kann. Die angeführten Merkmale stehen für ein Grundeinkommen, das zuverlässig, weitgehend ermessensfrei, dauerhaft und bürokratiearm zuerkannt wird. Seine Höhe muss zwischen einem existenzsichernden Niveau und den im Vergleich zur alten Sozialhilfe tragbaren Zusatzkosten gefunden werden.

Wir haben uns daran gewöhnt, mit unseren Ansprüchen über unsere Verhältnisse zu leben. Ein erheblicher Teil unserer Gesellschaft lebt auf einem Einkommensniveau, das deutlich über einen ausschöpfbaren Wohlstand hinausgeht. Auf der anderen Seite steht ein wachsender Anteil der Bevölkerung, der sein Auskommen mehr oder weniger dauerhaft in staatlich subventionierten Arbeitsverhältnissen finden muss und das Niveau einer Wohlstandsgesellschaft nicht mehr erreichen kann. Das Bürgergeld weist den Weg gegen das Entstehen einer Gesellschaft aus Bürgern erster und zweiter Klasse. Anders als das gescheiterte "Bündnis für Arbeit" geht dieser Weg nicht einseitig von der Erholung und Erweiterung des ersten Arbeitsmarktes aus, sondern fördert die Entstehung einer Beschäftigungsgesellschaft, die Anrechte und Teilhabe für alle bereitstellen will.

Der Umbau unserer Systeme kann nicht mehr aufgeschoben werden. Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein individuelles finanzielles Problem. Sie birgt auf Dauer die Gefahr, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sprengen und unsere Demokratie zu zerstören.

Bildung und Schule

Um die Ressource Bildung, oft der einzige Rohstoff Deutschlands genannt, scheint es nicht zum Besten zu stehen. Unsere Gesellschaft ist nicht so durchlässig für den Aufstieg wie angenommen. Chancengleichheit für Bildung und Ausbildung als wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wird oft nur formal verstanden, als grundsätzlich offener Zugang zu den Bildungseinrichtungen. Dabei wird nicht gefragt, wie, mit dem Kindergarten beginnend, über die Schule bis zum Studium an der Hochschule, aus dieser Möglichkeit das für jede und jeden Beste gemacht werden kann. Eine zu frühe und enge Auslese für den Übergang in die weiterführenden Schulen nimmt keine Rücksicht auf den individuellen Stand der Entwicklung von Kindern und verschafft denen einen Vorteil, die zuhause eine selbstverständliche Lernförderung erfahren. Schulen verteilen im frühen Alter Lebenschancen, ohne dass sie dafür ausreichend Rechenschaft ablegen müssen oder auch nur die Mittel haben, die Entwicklung der ihnen Anvertrauten zu fördern. Schließlich werden Studiengebühren, denen kein für alle gültiges Recht der Hochschulen auf Eignungsprüfung, aber auch kein adäquates Stipendienwesen an der Seite stehen, dafür sorgen, dass den Abiturienten mit zwar mäßigen Noten, aber zahlungsfähigen Eltern der Hochschulzugang ohne weiteres offen steht, während schlechter Gestellte selbst bei gutem Zeugnis überdurchschnittliche Leistungen nachweisen müssen, um eines der wenigen Stipendien zu erlangen.

Auch die Forderung nach „Elitebildung“ in unserem Land führt in Bildungssachen in die Irre, weil dabei ignoriert wird, dass sich in einer offenen Gesellschaft die Leistungseliten der Tüchtigen immer wieder in den führenden Positionen einfinden, wenn man den Boden für ihre Bildung erst bereitet hat. Solche Führungseliten erfreuen sich legitimerweise auch der höheren Einkommen, können sich aber nicht durch diese allein selbst ernennen. Sie müssen sich aus all denen formieren können, denen unsere Schulen die entsprechenden Fähigkeiten unter Ausschöpfung ihrer Begabung vermittelt haben, und dürfen sich nicht einseitig aus sich selber als der Gruppe der bereits Arrivierten rekrutieren.

In der Denkschrift der EKD von 2006 zur Armut in Deutschland heißt es, die entscheidenden Voraussetzungen zur Verringerung der Armut seien Bildung und Ausbildung. Das deutsche Schulsystem weise Auswahlstrukturen auf, die materielle, kulturelle und soziale Trennungen fortführen. Solange explizit oder insgeheim Auslese und Eliteförderung gegen Breitenförderung ausgespielt wird, werde sich die Situation nicht ändern, heißt es in der Denkschrift.

Aus dem Vergleich mit Ländern, die in der PISA-Studie I besser abschneiden als Deutschland, wird die Schlussfolgerung gezogen, dass der Grund des Übels im frühen „Sortieren“ der Kinder auf die Stufen eines gegliederten, keineswegs in gleicher Weise nach oben und unten durchlässigen Schulsystems liegt, das die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler nicht ausschöpft. Eine optimale Förderung erfolgt erfahrungsgemäß in Schulen mit längerer gemeinsamer Schulzeit für alle Kinder, in denen die geforderte Differenzierung nach Begabung und Leistungsfähigkeit sich sehr wohl einstellt, jedoch nicht unter Zwang und verfrüht. Der Spitzenplatz Finnlands unterstreicht, wie leistungsfähig ein Gesamtschulsystem sein kann.

Nach der Föderalismusreform verbleibt die Bildungshoheit im Bereich Schule bei den Ländern. Eine große Reform der Schulbildung wird dadurch sicher nicht erleichtert. In dieser Situation scheint es geboten, die alten Konfrontationen aufzugeben und Neues zu überlegen: Wie schaffen wir in Deutschland „finnische“ Voraussetzungen für erfolgreiche Schulkarrieren unserer Kinder und Jugendlichen in jeder vorhandenen Schulform?

In Finnland wurde die Entscheidung über die Curricula und die Unterrichtsmethoden an die Schulen übertragen. Diesen werden Richtlinien für die zu vermittelnden Fähigkeiten und Fertigkeiten vorgegeben, und sie unterliegen einer Qualitätskontrolle. Die Klassen sind klein. Zur Förderung schwächerer Schüler steht meist eine zweite Lehrkraft zur Verfügung. Die der Erziehung dienende Arbeit der Lehrer wird durch Sozialarbeiter und Psychologen unterstützt. Lehrkräfte genießen hohes Ansehen.

Allerdings ist nicht zu verkennen, dass sich in Finnland die im Unterschied zu Deutschland geringen Arbeitslosen- und Ausländerquoten erleichternd auf die Bildungsarbeit auswirken können.

Um in Deutschland schon das bestehende Schulsystem mit seinen Möglichkeiten so zu verbessern, dass es alle Kinder besser fördert, müssen mehrere Umsteuerungen ineinander greifen.

Zuerst und vor allem müssen erheblich mehr **Mittel** für das Bildungswesen aufgewendet werden als bisher.

Schülerinnen und Schüler aller Schulformen sind darauf angewiesen, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und auf die tatsächlichen pädagogischen Herausforderungen hin ausgebildet werden. Die hohe Zahl von Migrantenkinder mit mangelhafter Beherrschung der deutschen Sprache bewirkt ausgeprägte Leistungsunterschiede zwischen ihnen und deutschen Schülern. Der Schule fallen damit zusätzliche Aufgaben der Integration zu. Auch dafür muss ausreichend Geld zur Verfügung stehen.

Notwendig ist die verbindliche **Vorschule** für alle Kinder.

Entwicklungspsychologen gehen mittlerweile von einer weitgehenden Festlegung der kindlichen Persönlichkeit in den ersten fünf Lebensjahren aus. Danach sind die Einflussmöglichkeiten auf die Formung der Persönlichkeitsstruktur durch elterliche und schulische Erziehung deutlich geringer.

Alle Kinder ab 4 Jahren sollen Einrichtungen besuchen, in denen vorschulische Bildung vermittelt wird. Sie hilft nicht zuletzt jenen, deren Eltern oder allein erziehendes Elternteil ihnen nicht die Zuwendung und Anregung zuteil werden lassen können, die sie für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und geistigen Fähigkeiten benötigen. Kinder mit Migrationsgeschichte können und sollen unbedingt Deutsch lernen, damit sie beim Eintritt in die Schule die Unterrichtssprache beherrschen.

Notwendig ist die **Weiterentwicklung der Schule**.

Um das Recht eines jeden Kindes auf Förderung zu verwirklichen, muss die Schule sich ändern. Um Schüler stärker zu motivieren und zu aktivieren, sollten mehr Arbeitsformen zum Zuge kommen, die selbst gesteuertes Lernen ermöglichen. Schule muss mehr Rücksicht darauf nehmen, dass jedes Kind anders lernt und auch unterschiedlich lange Zeit zum Lernen braucht. Lehrkräfte sollten den Unterricht so

organisieren, dass sie die Individualisierung der Lernprozesse, nicht zuletzt durch innere Differenzierung, ermöglichen.

Dies alles lässt sich in einer Ganztagschule zweifellos besser verwirklichen. Verbindlicher Ganztagsunterricht mit Präsenzpflicht der Lehrer schafft mehr Raum für optionale Kurse und für den musischen und sportlichen Bereich.

In einem Ganztagsbetrieb sind diejenigen Schüler nicht länger benachteiligt, deren Familien sich nicht um ihre Hausaufgaben kümmern. Um Schulen hier eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, sollten ihnen wie in Finnland mehr Freiraum und Autonomie zugestanden werden. Denn nur solche Reformen haben Aussicht auf Erfolg, für die Schulen eigene Verantwortung übernehmen.

Abgesehen von allen pädagogischen, finanziellen und organisatorischen Problemen, die auch ein eingeschränktes Reformprogramm mit sich bringen wird, erscheint bei nicht wenigen Politikern, Aufsichtsbehörden und Lehrern, aber auch bei einer breiteren Öffentlichkeit ein Umdenken nötig: Alle Kinder müssen der Schule willkommen sein, sie dürfen nicht als potentielle Problem- und faktische Störfälle gesehen werden. Bloße Appelle an die Eltern, der Schule besser erzogene Kinder zuzuführen, werden folgenlos verhallen. Die Schule muss sich neben ihrem Bildungsauftrag auch einem erweiterten Erziehungsauftrag stellen.

Unsere Schulen brauchen Lehrer, die schon während ihrer Ausbildung lernen, dass auch Schüler unterschiedlicher Begabung zusammen unterrichtet werden können, auch länger als es bei uns heute vorgeschrieben ist. Sie brauchen Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeit, unter Vorgabe des curricularen Rahmens, einer Prüfungsordnung und Evaluation der Zielerfüllung.

Dazu ist eine einheitliche Definition des Bildungsauftrags weder notwendig noch erreichbar. Es genügt das Vertrauen, dass sich Bildung anhand der „klassischen“ Gegenstände des Curriculums ereignen kann und erreichen lässt, besonders wenn diese aus den pädagogisch ergiebigen musischen Feldern bereichert werden.

Unter solchen Voraussetzungen kann über eine maßvolle Verlängerung des für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Unterrichts bis zum Übergang auf weiterführende Schulen verhandelt werden.

Vorläufiges Minimalziel ist die Erhöhung der Durchlässigkeit beim Übergang zwischen den Schulformen eines gegliederten Systems.

Wo es dem gemeinsamen Willen von Schulleitung und Eltern entspricht, muss auch die Weiterführung und Einrichtung von Gesamtschulen nach dem Vorbild erfolgreicher „Experimentalschulen“ möglich sein. Im Interesse politischer Einigung kann die Gesamtschule bisherigen Zuschnitts allerdings in keinem Bundesland zur Regelschule werden.

Die Kirchen sollten die Möglichkeit entschiedener fördern, die Schulen in ihrer Trägerschaft schon jetzt haben, Alternativen zum bestehenden System zu entwickeln, die den staatlichen Schulen als Vorbild dienen können.

Zu vermeiden ist in jedem Fall, dass sich die Schulsysteme der einzelnen Bundesländer nach der Föderalismusreform weiter auseinander entwickeln. Einheitliche Standards für Schulabschlüsse müssen dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schülern bei einem Wechsel von einem Bundesland in ein anderes keine Nachteile entstehen.

Familien und Kinder

Die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes (Art. 6 GG). In ihren vielfältig gewordenen Formen gilt sie noch immer als der Ort, an dem Kinder unter der Führung und Hilfe von Eltern, Verwandten und Freunden am besten in das Leben hineinwachsen können. Das Projekt Elternschaft ist, Umfragen zufolge, in den Köpfen junger Menschen immer noch positiv besetzt. Allein, uns fehlen die Kinder!

Mit der Verfügbarkeit der „Antibabypille“ seit Anfang der 1960er Jahre wurde der Kinderwunsch bequemer steuerbar. Diese Möglichkeit zur Familienplanung wurde zwar oft als Befreiung der Frauen zur Selbstverwirklichung überbewertet. Tatsächlich aber spielt sie für viele Paare bei der Abwägung finanzieller und sozialer Belastungen durch Kinder eine wichtige Rolle.

Die Entscheidung für ein Zusammenleben mit Kindern ist in der Bundesrepublik immer mit erheblichen finanziellen Nachteilen gegenüber der Situation der Kinderlosigkeit verbunden. Die „Kinderlasten“ sind im bestehenden System sozialer Sicherung weitgehend privatisiert. Durch die Geburt von Kindern treten nicht nur zusätzliche finanzielle Belastungen auf, sondern am stärksten wirkt sich der Verzicht auf ein eigenes Erwerbseinkommen eines Elternteils auf die monetären Ressourcen und den Lebensstandard von Haushalten und Familien aus, wobei dieser Verzicht faktisch fast immer von Frauen geleistet werden muss. Alleinerziehende Frauen begegnen einem besonders hohen Verarmungsrisiko.

Faktisch haben diese Entwicklungen - und nicht etwa eine gesinnungsmäßige „Kinderfeindlichkeit“, wie das Klischee vorgibt, - dazu geführt, dass die Zahl der jährlichen Geburten heute gegenüber 1950 um die Hälfte gesunken ist.

Ursächlich beteiligt daran ist eine jahrelang defizitäre Familienpolitik, in der sich Gleichgültigkeit gegenüber der Entscheidung spiegelt, ob Menschen die Verantwortung für Kinder übernehmen wollen oder nicht. Gründung und Zusammenhalt von Familien waren schon immer von gesellschaftlichen, nicht nur von biologischen Zusammenhängen abhängig. In einer Gesellschaft, die ausdrücklich Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit, Flexibilität und Mobilität einfordert, werden langsam aber sicher Subsidiaritätsstrukturen wie die Familienverbände geschwächt.

Um dem entgegenzuwirken müssen die vielfältigen von der Familie erbrachten Vorleistungen gesellschaftlich honoriert werden. Durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19.1.1999 ist der Staat verpflichtet, die Erziehungsleistung in der Familie anzuerkennen.

Unser großes Nachbarland Frankreich gibt das Beispiel, wie eine Gesellschaft unter vergleichbar schwierigen Bedingungen ihre Familien so fördert, dass sie trotz Berufstätigkeit der Frauen Zeit und Mittel für Kinder haben. Dort liegt die Geburtenrate seit geraumer Zeit so hoch, dass die Bevölkerung auch ohne Zuwanderung stabil bleiben und sogar wachsen kann. Man hat sich sehr frühzeitig auf den Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse eingestellt und den Ausbau nicht nur der Familienhilfe, sondern auch der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht. Entscheidend ist nicht die Höhe der staatlichen Familientransfers, die in der gleichen

Größenordnung liegen wie bei uns, sondern die Gewissheit, Beruf und Familie vereinbaren zu können.

Man hat sich von Anfang an nicht auf die klassische Familienförderung mit großzügigen Kinderfreibeträgen bei der Steuer und mit Kindergeldern für kinderreiche Familien beschränkt, sondern ganz pragmatisch Einrichtungen wie Kinderkrippen und Kinderfrauen für Kleinkinder, Vorschulen im Kindergarten mit dafür ausgebildetem Personal und die Ganztagschule bis zum Abitur eingeführt, obwohl alle diese Einzelmaßnahmen auch dort umstritten waren. Bei uns sind sie dagegen bis heute Gegenstand einer weitgehend ideologisch gefärbten Auseinandersetzung.

Eine verantwortliche Familienpolitik in Deutschland wird dem modernen Familienbild in seinen vielfältigen Formen Rechnung tragen müssen. Sie wird sich am Notwendigen und Machbaren orientieren und sich dennoch nicht den Blick auf das Notwendige durch vermeintliche Sachzwänge verstellen lassen. Auch Familien brauchen eine gewisse Planungssicherheit.

Dazu gehört steuerpolitisch, dass das Ehegattensplitting durch das **Familienplitting** ersetzt wird, damit alle Familienhaushalte mit Kindern entlastet werden.

Sozialpolitisch sind die Voraussetzungen zu schaffen für eine eigenständige **Existenzsicherung** durch Erwerbsarbeit für Männer *und* Frauen.

Das setzt voraus, dass **Kinderbetreuung** durch staatliche Programme sichergestellt sein muss. Denn nur so können sich Frauen *und* Männer auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einlassen. Die Unterstützung der Kindererziehung darf weder allein der privaten organisatorischen Findigkeit vor allem der Mütter zugeschoben noch als Beschäftigungsprogramm für nicht erwerbstätige Frauen missverstanden werden.

Bildungspolitisch kommt es darauf an, pädagogisch hochwertige **Kindertagesstätten** in ausreichender Zahl zu schaffen; denn die Eltern müssen die Wahl haben, statt sich um Betreuungsplätze raufen zu müssen.

Zudem wächst der Bedarf an kompetenter Vorschulerziehung besonders für Kinder mit Migrationshintergrund.

Die Praxis demokratischer Lebensformen und friedlicher Konfliktlösungen in den Familien ist durch **Elternbildungsprogramme** zu fördern.

Auch das Modell der **Mehrgenerationenfamilie**, in der alle Mitglieder einander ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, verdient wieder mehr gesellschaftliche Beachtung und staatliche Zuwendung.

Finanzpolitisch wird zugunsten von Familien und Kindern eine Umschichtung der Ausgaben in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig werden. Der Umfang an Normalleistungen aus umlagefinanzierten Systemen bei Kinderlosen sollte verringert werden. Ebenso sollte die Menge an Gesetzen, Leistungen, Sonderregelungen und Vergünstigungen für einzelne Gruppen drastisch reduziert werden.

Integration in Deutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1960er Jahren ist die Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, zu denen auch Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge und politisch Verfolgte gekommen sind, auf 15,3 Millionen gestiegen. Inzwischen wachsen Einwandererkinder der dritten und vierten Generation bei uns auf.

Seinerzeit haben wir die „Arbeitsgäste“ in unserem eigenen Interesse ins Land geholt, so wie wir es – mit nur geringem Erfolg – in den 1990er Jahren mit den IT-Spezialisten unter dem Anreiz der Green Card versucht haben. Andere, die aus armen und unsicheren Regionen der Welt mit der Hoffnung auf ein auskömmliches Leben in Sicherheit und Frieden zu uns kommen, haben wir zwar nicht gerufen, aber auch sie wollen bei uns leben und arbeiten.

Im Einwanderungsland Deutschland existieren Teilgesellschaften mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Zwischen ihnen und gegenüber den Eingewessenen überwiegt die Fremdheit.

Die häufig beklagte Ghetto mentalität solcher Teilgesellschaften entspringt in der Regel dem Bedürfnis nach Rückhalt der in der Fremde Angekommenen, das sich auch nach längerem Aufenthalt nicht ganz verliert. Obwohl es erfolgreiche Integrationsprojekte, zumeist zivilgesellschaftlicher Initiativen, gibt, reichen die gesellschaftlichen Bindekräfte bisher nicht aus, die verschiedenen Bevölkerungsidentitäten miteinander zu verweben.

Der ehemalige Verfassungsrichter Professor Ernst-Wolfgang Böckenförde stellt dazu fest: „Unsere Gesellschaft ist eine plurale, das können und wollen wir nicht abschaffen – und um hier zu integrieren, darf ich die Menschen nicht von ihren Wurzeln abschneiden. Sie müssen auf dieser Grundlage in die gemeinsame Ordnung des Zusammenlebens einbezogen und anerkannt werden. ... Allerdings dürfen wir erwarten, dass sie die Grundregeln der gemeinsamen Ordnung akzeptieren.“ (SZ 17.7.06)

Zu Recht wird die Integrationspolitik als eine nationale Aufgabe aufgefasst und ist inzwischen in der Koalitionsregierung zur Chefsache erklärt worden. Ein zu entwickelnder „nationaler Integrationsplan“ mit integrativ wirkenden Gesetzen und Angeboten auch für eine „nachholende Integration“ kann sich stützen auf die Ergebnisse der so genannten Süsmuth-Kommission vom Juli 2001, in denen schon die wichtigsten Vorschläge zur Förderung der Integration enthalten sind.

Integration vollzieht sich in einander überschneidenden, aber zu unterscheidenden Dimensionen. Grob gekennzeichnet sind dies die wirtschaftliche, die soziale und die kulturell-kommunikative Dimension.

In der *wirtschaftlichen Dimension* geht es vor allem um den Bedarf an Arbeitskräften mit ihren unterschiedlichen Qualifikationen. Solange genügend Arbeit vorhanden ist, bleibt auch die Integration in den Arbeitsprozess gewährleistet. Heute wirkt die prekäre Beschäftigungslage einer „negativen Vollbeschäftigung“ dem aber entgegen. Integration über den Arbeitsplatz entwickelt sich rückläufig, so dass eher Desintegration der Immigrierten die Folge sein wird.

Darum sollte geprüft werden, inwieweit eine maßvolle Quotierung von Arbeitseinstellungen integrationswilliger und -fähiger Immigranten erreicht werden kann, vergleichbar der mühsam errungenen Frauenquote.

In der *sozialen Dimension* geht es vor allem um die Bedürfnisse immigrierter Mitbürger. Ihr primärer Bedarf ist ein Arbeitsplatz, ohne den sie zum Sozialfall werden. Dementsprechend müssen Arbeits- und Sozialgesetze diesen inhumanen und kontraproduktiven Verlauf von Einwanderung verhindern. Arbeitgeber ihrerseits dürfen Migrantinnen und Migranten nicht dazu benutzen, Arbeitsschutz, soziale Standards und Löhne zu drücken. Hier ist eine zuverlässige Kontrolle unverzichtbar.

Zu einer sozial gerechten Integrationspolitik gehören darüber hinaus diese Maßnahmen:

- Asylgewährung, die sich an den internationalen Konventionen orientiert,
- ein verbesserter Aufenthaltsstatus von Bürgerkriegsflüchtlingen sowie von geschlechtsspezifisch und nicht-staatlich Verfolgten,
- Beschleunigung der Asylverfahren,
- vollständiger Verzicht auf den Aufenthaltstitel „Duldung“,
- Verzicht auf eine prohibitive Altersgrenze für den Kindernachzug,
- bedarfsgerechte Anwendung der Standards der sozialen Sicherung.

In der *kulturell-kommunikativen Dimension* geht es um das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Für alle gemeinsam gelten die Verpflichtung auf das Grundgesetz, die Beherrschung der deutschen Sprache, die Verfügbarkeit von Grundkenntnissen in den Bereichen Kultur, Recht und Geschichte Deutschlands und die Einhaltung verbindlicher Standards des Sozialverhaltens.

In diesem Zusammenhang müssen die Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten durch Erhöhung der Stundenzahl und Verringerung der Gruppengrößen verbessert und die Teilnahme daran durch Kinderbetreuung und das Angebot der Fahrtkostenerstattung erleichtert werden. Über die Sprachvermittlung hinaus müssen sie eine an Lebenssituationen orientierte Einführung in deutsche Kultur und Lebensarten beinhalten, die auch eine kritische Auseinandersetzung ermöglicht.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik verschafft Migrantinnen und Migranten die Erfahrung, dass sie bei uns nicht überflüssig, sondern willkommen sind gerade mit ihrer eigenen Lebens- und Kulturgeschichte. Wir selbst müssen bereit werden dafür, dass unsere Gesellschaft sich verändertert, wenn Menschen mit ihren verschiedenen kulturellen Identitäten zusammentreffen.

Kirche und Diakonie sind mit ihrer überregionalen Infrastruktur, den vorzeigbaren Modellprojekten und einer großen Zahl qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die geborenen Partnerinnen für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

Einheit Deutschlands

Der Zusammenbruch des DDR-Regimes im Herbst 1989, der "Fall der Mauer" am 9. November 1989 und schließlich der mit starkem politischem Willen auf allen Seiten vollzogene Beitritt der fünf neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 waren Ereignisse, die damals kaum jemand vorausgesehen hatte. Die immensen wirtschaftlichen und politischen Probleme und Aufgaben, aber auch die rechtlichen, psychologischen und rein menschlichen Schwierigkeiten, die nun aufkamen, wurden in der Euphorie des Umbruchs weder in West noch in Ost auch nur annähernd zutreffend eingeschätzt. Warnende Stimmen wurden überhört oder beschwichtigt. Ein Neubeginn, eine Reform des neuen Gesamtdeutschland kam unter den Zwängen der schnellen institutionellen Eingliederung nicht zustande. "Die unvermeidlichen Opfer und Belastungen müssen gerecht verteilt werden, ohne dabei die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft zu gefährden", heißt es im Gemeinsamen Wort der Kirchen von 1997. Diese Erwartung ist enttäuscht worden. Der - überschätzte - Reichtum des Westens und die kreativen Kräfte des freien Marktes haben nicht ausgereicht, um die krassen Unterschiede zwischen Ost und West in kurzer Zeit auszugleichen. Auch zukünftig werden Transferleistungen von West nach Ost nötig sein.

Durch den Zusammenbruch der DDR-Kombinate gingen Hunderttausende Arbeitsplätze verloren und durch die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors weitere Zehntausende. Die Treuhandsanierung war weithin ein Kahlschlag. Und ob sich bei der Reprivatisierung des Staatseigentums der DDR das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung wirklich als gerecht und vernünftig auswirkte, ist eine offene Frage.

Die Annahme, man könne den Aufbau Ost den Kräften des freien Marktes überlassen und ihn im Übrigen in kurzer Zeit mit verhältnismäßig geringen Mitteln finanzieren, war falsch. Falsch war die Entscheidung, einen erheblichen Teil der Kosten den sozialen Sicherungssystemen und damit im Wesentlichen den Beziehern von Arbeitseinkommen aufzubürden. Investitionen, vornehmlich aus dem Westen in der Hoffnung auf schnelle Gewinne, trugen mit dazu bei, dass die Ökonomie in Deutschland in eine Schieflage geriet, als sich diese Hoffnungen nicht erfüllten. Der Bauboom im Osten erwies sich als Scheinblüte und führte zu den heutigen Wohnungsleerständen. Jüngere und hoch qualifizierte Frauen und Männer wandern in den Westen Deutschlands und ins Ausland ab, weil es zuhause zu wenige Arbeitsstellen gibt. Die ländlichen Gebiete veröden.

Der Gegensatz von „blühenden Landschaften“ und der oft tristen gegenwärtigen Lage wird als lähmend wahrgenommen. Ressentiments auf allen Seiten sind aufgekommen. Der Rechtsextremismus findet einen geeigneten Nährboden. Was ist zu tun?

Klaus von Dohnany hat im Jahr 2005 folgende Analyse vorgelegt: "Deutschland muss (...) besonders wettbewerbsfähig sein. Eben weil wir auch die Lasten der Einheit tragen.(...) Es ist eben nicht nur die Tüchtigkeit anderer europäischer Länder, die diesen seit 1989 ermöglichte, bessere Fortschritte beim Umbau ihres Sozialstaats zu machen. Deutschland bewältigte zugleich ganz andere Aufgaben – und das im Rahmen einer oft lähmenden föderalen Fehlkonstruktion. Wir müssen endlich die

Wahrheiten über die Vereinigungsfolgen diskutieren, denn diese Folgen werden uns noch lange begleiten. (...) Wenn wir die Lage der neuen Länder nicht jetzt und energischer ins Visier nehmen, dann gerät Deutschland im Ganzen in Gefahr."

Viele unserer ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme akzentuieren sich erst auf dem Hintergrund der Vereinigung. Der sprunghafte Anstieg der Erwerbspersonen durch die Angliederung eines weithin maroden Wirtschaftssystems hat keine wirtschaftliche Stärkung bedeutet. Im Grunde dürfte für die Bundesrepublik als Mitglied des Staatenverbundes der Europäischen Union nur ein Finanzausgleich zwischen Staaten und Regionen gelten, der nicht an unseren Grenzen endet. Es ginge dann darum, die östlichen Bundesländer, als Region betrachtet, in die Lage zu versetzen, sich mit diesem von der EU zu leistenden Ausgleich unter Nutzung eines ihren Verhältnissen angepassten wirtschaftspolitischen Instrumentariums die Grundlagen für ihre Konkurrenzfähigkeit zu schaffen.

Die Frage nach einer gerechten Betrachtung und Beurteilung der Lebenswirklichkeit in der SED-Diktatur wird heute wieder neu (oder überhaupt neu) gestellt. Zwar wird es die vollständige Lösung aller damit zusammenhängenden Probleme nicht geben können. Aber alles Nachdenken darüber und Erinnern in beiden Teilen Deutschlands muss die folgenden Gegebenheiten einbeziehen:

- Während sich in der BRD eine pluralistische Denkweise herausbildete, lebten die Deutschen in der DDR viele Jahre unter strengen Zwängen und allgegenwärtiger Propaganda, die die Herausbildung kosmopolitischer und multikultureller Perspektiven erschwerten. Diese „getrennte Entwicklung“ wird die innere Einheit Deutschlands noch einige Zeit belasten. Umso notwendiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West die Distanz in ihren Köpfen überwinden. Ein guter Weg dahin wird immer sein, in politisch erschlossenen und geförderten Projekten auf gemeinsame Ziele hin zusammenzuarbeiten.
- Nach der Wende fühlen sich viele besonders der jüngeren Generation Ostdeutschlands erneut um Lebenschancen gebracht, statt durch staatliche Bevormundung nun durch Arbeitslosigkeit und Mangel an sozialer Sicherheit. Diese Benachteiligung teilen sie allerdings mit einem nicht geringen Prozentsatz der westdeutschen Bevölkerung. So könnte unter dem Druck ökonomischer Realitäten, so beklagenswert sie sind, eine gesamtdeutsche Solidarität entstehen, die die politischen Entscheidungsträger und Verwaltungen herausfordert.
- Die Probleme des Arbeitsmarktes, des weiteren Ausbaus der Infrastruktur und des Abbaus bürokratischer Hemmnisse werden in Ostdeutschland von Problemen überschattet, die nicht mit Geld und Sachwerten allein zu lösen sind. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, diese Schatten aufzulösen, scheint zu sein, die Verfehlungen in der ostdeutschen Geschichte nach 1945 beim richtigen Namen zu nennen, damit sie nicht, ähnlich der unvollständigen Aufarbeitung der Nazi-Zeit im Westen als "unbewältigte Aufgabe" plötzlich neu hervorbrecen. Politiker, Historiker und Initiativen haben bereits den richtigen Weg eingeschlagen und verdienen bei dieser wichtigen Aufgabe der umfassenden und wahrheitsgemäßen Information der Menschen in Ost und West viel mehr Ermutigung und finanzielle Unterstützung, als ihnen staatlicherseits bisher zuteil wird.

Es gibt noch Vieles zu tun, bis zusammengewachsen ist, was zusammen gehört.

Einheit Europas.

Die Europäische Union war von Anfang an ein großartiges und erfolgreiches politisches Projekt. Es brachte die Überwindung der Feindschaft zwischen Nationen im Herzen Europas, die Bewahrung des Friedens und förderte zugleich den Aufbau seiner an den Kriegsfolgen leidenden Länder.

Heute ist vom Stolz auf das Erreichte nicht mehr viel zu spüren. Die Bürger zweier Kernländer haben den Verfassungsvertrag abgelehnt. Der Verfassungsprozess ist zwischen dreizehn parlamentarischen Ja- und zwei basisdemokratischen Neinstimmen festgefahren. Dabei könnte die Vollendung der Vereinigung durch eine Verfassung als die letzte Chance der Existenz der Europäischen Union gesehen werden. Aber die zentrifugalen Kräfte in der Union nehmen zu und drohen das Erreichte zu zerstören. Lange Jahre war befürchtet worden, die Europäische Union könne auf der Stufe einer Freihandelszone stecken bleiben, einem für das komplizierte politische Gebilde Europa völlig unzureichenden Konzept. Heute scheinen sich die Europäer auf den gefährlichen Weg restaurativer Nationalstaatlichkeit begeben zu wollen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Form eines Vertrags statt einer genuinen Verfassung und erkennen neoliberale, unsoziale Zielsetzungen. Sie befürchten von einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einen aggressiven imperialen Militarismus.

Vordergründig nimmt diese Kritik Anstoß an der Ausführlichkeit des Vertrags, der nicht den Charakter einer echten Verfassung trage. Doch konnte eine Verfassung im eigentlichen Sinn gar nicht beabsichtigt sein, weil ihr die wichtigste Voraussetzung, ein europäisches Staatsvolk, dem sie zur Annahme vorzulegen wäre, fehlt. Immer noch geht es um die Bürger und ihre Regierungen. Und in Frankreich und den Niederlanden hat nicht zuletzt der befürchtete Verlust von Nationalstaatlichkeit zur Ablehnung des Vertrags beigetragen.

Der Verfassungsvertrag fasst die Ziele der Union zusammen:

„Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte.“

Die Menschen- und Bürgerrechte selber werden in der „Charta der Grundrechte der Union“ in großer Ausführlichkeit dargelegt, anschließend an eine Präambel, in der es heißt:

„Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.“

„In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“

Dem Verfassungsvertrag wurde zunächst ein sehr pragmatischer Auftrag gegeben: Er sollte die alten Verträge ablösen, im Hinblick auf eine erweiterte Union, die über Wirtschaftsinteressen hinaus funktionsfähig und politisch vertiefungsfähig sein muss,

so dass Probleme der Entscheidungsfindung, der Gesetzgebung und des Ausgleichs zwischen unterschiedlich starken Regionen nicht die Oberhand gewinnen sollten. Eine verbesserte konstitutionelle Ordnung sollte die Entscheidungen demokratischer, transparenter und effizienter machen. Die Politik einer solchen Föderation von 22 und mehr Nationalstaaten sollte überhaupt möglich werden. Neue Bestimmungen für die Mehrheitsfindung, die Stärkung des Parlaments, die Verlängerung der Präsidentschaftsdauer, die Institutionalisierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und darüber hinaus eine offensive Festlegung der für die Union geltenden Menschen- und Bürgerrechte sollten diesem Ziel dienen.

Den Vorwurf, der Vertrag leiste einer aggressiven Militarisierung der Union Vorschub, verursacht nicht der Wortlaut des Vertragstextes, sondern der Verdacht, die politischen Ziele der Mitgliedsländer würden sich mehr oder weniger freiwillig den Denkweisen und Absichten eines militärisch-industriellen Komplexes nach bereits vorliegenden Programmen unterwerfen. So sehr damit zu rechnen ist, dass dem Vertrag auch massive Interessen zugrunde liegen können, so wenig wird irgendein Verfassungstext diesen Interessen wehren können, wenn dies nicht ein eindeutiger politischer Wille ist.

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik strebt deren demokratische Legitimierung durch eine Internationalisierung einzelstaatlicher Gewaltmonopole an. Solange diese nicht in einem strikt pazifistischen Sinn in Frage gestellt werden sollen, muss die Übertragung auf die Gemeinschaft begrüßt werden.

Am Anfang der Anstrengungen um Europas Einheit stand die Frage von Krieg und Frieden. Die europäische Verfassung muss sich dieser Frage in einer veränderten Welt heute in neuer Weise stellen. Die Generation der in den 60er und 70er Jahren Geborenen fordert andere Begründungen für europäische Notwendigkeiten als die ihrer Eltern und Großeltern, die den Krieg auf europäischem Boden nicht als Ausnahme, sondern eher als Normalität und Militarisierung als „existentielle Lebensform“ kannte und nichts mehr ersehnte als den Frieden. Seither aber wird der in Europa herrschende Friede als so selbstverständlich wahrgenommen, dass die Abneigung gegen den mühsamen Ausbau kriegsverhindernder und friedenssichernder Instrumente stark gewachsen ist, zu denen immer noch die militärischen Optionen gehören und sei es nur zur Sicherung freier Wahlen oder des Aufbaus demokratischer Strukturen.

Die verfehlte Interventionspolitik der USA und anderer Hegemonialmächte liefert keine Argumente für Europa, angesichts aktueller Krisen in einem Zustand der Handlungsunfähigkeit und im Widerstreit politischer Interessen zu verharren. Immer noch werden Kriege geführt und wir müssen damit leben, dass es Nationen und ihre Regierungen gibt, die sich unsere Vorstellungen einer friedlichen Welt nicht zu eigen machen.

Die Regierungen Europas sehen ihren Einfluss auf die Weltpolitik zu Recht nicht in militärischer Kraft, sondern erkennen in der Schaffung eines einigen und wirtschaftlich starken Europa, geleitet von der Idee sozialer Gerechtigkeit und der offensiven rechtsstaatlich-demokratischen Praxis seiner Mitgliedsstaaten und Institutionen, ein Angebot an die Welt, positiven friedlichen Einfluss zu nehmen.

„Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maß wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.“ In den wirtschafts- und sozialpolitischen Passagen des Verfassungsvertrags geht es um nichts weniger als einen „Zusammenprall von Kulturen“ im Sinne der Auseinandersetzung zwischen einem europäischen Wirtschaftssystem und dem angelsächsischen Modell.

Die Europäer auf dem Kontinent bindet eine von den angelsächsischen Nationen verschiedene Wirtschaftsgeschichte. Speziell in Deutschland wurde in der Nachkriegszeit eine kooperative Marktwirtschaft geschaffen. Sie beruht auf dem Zusammenspiel von Unternehmern, Verbänden und Gewerkschaften und auf einem aktiv moderierenden Staat, im Unterschied zum viel unregelmäßiger und viel stärker marktorientiert agierenden angelsächsischen System.

Hier liegt die Entscheidung: zwischen dem Markt, der keine Moral schaffen kann, und einer in sozialer Verantwortung gestalteten Lebenswirklichkeit, also Eigenverantwortung auf dem Hintergrund der Grundsicherheiten einer „schützenden Ordnung“. Diese Entscheidung müssen wir nicht nur für unser Land, sondern auch für Europa treffen, mit allen Konsequenzen für die Gestaltung des Globalisierungsprozesses. Ökonomische Effizienz mit sozialem Zusammenhalt zu verbinden, das ist die Aufgabe, der wir uns zu stellen haben.

Der Weg in eine engere Union, diesseits der heute utopisch anmutenden Idee eines Bundesstaats, ist an einem toten Punkt angelangt und ernsthaft gefährdet.

Die Akteure, die dem Verfassungsprozess zu neuem Auftrieb verhelfen sollen, haben sich noch nicht zu einem gemeinsamen Konzept für neues politisches Handeln zusammengefunden.

Der Verfassungsprozess muss wieder in Gang gebracht werden. Soll das Erreichte nicht zerstört werden, muss der Arbeitszeitraum dafür bis höchstens zu den Wahlen für das Europäische Parlament im Jahr 2009 angesetzt werden. Schon die Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen 2007 in Holland und Frankreich, bei denen indirekt über den Fortgang des Verfassungsprozesses mitentschieden wird, erzwingen eine Beschleunigung. Wie es scheint, stellt sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dieser Herausforderung.

Die Debatte über die Fragen, an denen sich die Geister scheiden, muss ohne Verzögerung begonnen werden. Die Fragen nach den endgültigen Zielen der Union, nach ihren äußeren Grenzen müssen beantwortet, neue explizite Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und auf außen- und sicherheitspolitische Krisen müssen gegeben werden. Der Wille der Bürger, auch in einem vereinten Europa einer Nation anzugehören, ist zu respektieren.

Das Nachdenken über den Geist und den politischen Willen, mit dem die Vereinigung Europas ursprünglich begann, muss neu einsetzen. Der Karlspreisträger 2006, Jean-Claude Juncker, erinnert uns daran, dass es Aufgabe der heutigen Generation von Politikern ist, deren Erfahrung oder Erinnerung noch bis in die Zeit der europäischen Katastrophe reicht, Europa ein „Grundgesetz“ zu geben. Die Nachfolger könnten dazu bereits nicht mehr in der Lage sein.

Die Regierungen der europaskeptischen Länder werden sich entscheiden müssen, ob sie mit dem ernststen Willen zur Einigung und Vertiefung an diesem Prozess beteiligt sein wollen oder ob dessen Fortgang Angelegenheit eines Kerneuropa werden soll, dem sie sich allenfalls assoziieren wollen.

Entwicklungszusammenarbeit - Perspektive für die Eine Welt

Im globalen Vergleich der Volkswirtschaften nimmt ein "harter Kern" von Entwicklungsländern im südlichen **Afrika** letzte Rangplätze ein. Befanden sich diese Länder am Ende der Kolonialzeit noch in vergleichbarer Position mit den armen Ländern Asiens, Mittel- und Südamerikas, so sind sie seither weit zurückgeblieben. Während Südostasien, China und die großen Länder des südlichen Amerika sich anschicken, zum Westen aufzuschließen, hat sich der Anteil der afrikanischen Länder am Welthandel fast halbiert. Die meisten Volkswirtschaften dort sind durch die aufgebrängte Schuldenkrise verkrüppelt worden, erst jetzt ist einigen von ihnen ein Schuldenerlass zu Hilfe gekommen. Jahrzehnte sind ohne Aufbau geordneter Staatsstrukturen vergangen, in denen Entwicklungshilfe in großem Maßstab vertan wurde. Soweit sich diese Länder nicht durch autokratische Herrschaft und deren Geldgier und Klientelismus selbst ruinieren, macht nachkoloniale Rohstoffausbeutung, zu der sich korrupte einheimische Eliten mit ausländischen Rohstoffinteressen verbünden, Afrika immer noch zum "Beutekontinent".

Über sein Programm der „strategischen Partnerschaft“ nimmt China inzwischen wachsenden Einfluss auf den afrikanischen Kontinent. Während wir in Afrika noch auf Hunger und Bürgerkriege achten, sieht die aufstrebende Weltmacht China den Kontinent bereits als Geschäftspartner, als Markt für ihre Produkte und als Lieferanten für Öl und andere Rohstoffe. China sucht den Weg des wirtschaftlichen Erfolgs ohne jede Einmischung in die Politik der Partner. Es ist sogar bereit, Friedensmissionen der UN wie in Darfur zu blockieren, um seine Interessen zu wahren.

Angesichts dieser Entwicklung müssen wir uns fragen, ob in diesem eigennützigen Vorgehen nicht auch ein erster Schritt über die erfolglose klassische Entwicklungspolitik hinaus erkennbar wird. Immerhin muss dem Tausch von Anteilen an der Rohstoffförderung gegen Investitionen in Industrialisierungs- und Infrastrukturprojekte ein langfristiges Interesse an der Stabilität des Kontinents zugrunde liegen.

Inzwischen setzt sich auch in der Entwicklungspolitik des Westens der Gedanke durch, dass diese Länder eine neue Entwicklungshilfe brauchen mit Ideen und Konzepten, die über eine fortgesetzte "Weltsozialhilfe" hinausführen und die es ihnen ermöglichen, auf eigenen Füßen zu stehen. Der Weg dahin ist umstritten.

In einer radikalen Kritik aus afrikanischer Sicht wirft James Shikwati, Direktor des Inter-Region-Economic-Network in Kenia, der bisherigen Entwicklungshilfe vor, sie habe die Entwicklung seines Kontinents geradezu verhindert, indem sie den Afrikanern die Chance genommen habe, ihren eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen. Traditionelle Entwicklungshilfe habe Afrika nicht vorangebracht, vielmehr autoritäre Führer gestärkt, freies Unternehmertum ausgehebelt und Möglichkeiten zu eigenständigen afrikanischen Lösungsansätzen untergraben. Wirtschaftliche Liberalisierung im Verbund mit Rechtsstaatlichkeit und einer stabilen Eigentumsordnung wäre die wesentlich bessere Form der Entwicklungshilfe. Shikwati nennt viele Gründe, „warum schlechte Gesetze Menschen töten“ und schließt daraus, dass die Eroberungen durch die Kolonialisierung es Afrika geradezu verbieten müssten, sich heute auf dem Weg der Entwicklungshilfe der freundlichen Unterjochung durch dieselben Mächte zu beugen.

Jean Ziegler, der Sonderbeauftragte der UN-Menschenrechtskommission nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. Es komme nicht darauf an, den Menschen der armen Länder mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.

Jeffrey D. Sachs dagegen, der Ökonom und Leiter des Millenniumsprojekts der Vereinten Nationen, betont die Notwendigkeit verstärkter Gebens. Mit besonderen Maßnahmen könne eine globalisierte Marktwirtschaft den Menschen in Afrika aus der schlimmsten Not helfen. Sachs verweist darauf, dass ein Großteil der Menschheit vor der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts in Armut gelebt hätte. Dann seien die Nationen, die sich früh der technischen Moderne und dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus verschrieben hätten, reich geworden und statt der Sorge um die Behebung des Mangels begleite sie nun die Sorge um die Folgen ihres aus dem Ruder gelaufenen Tätigkeitshaushalts. Insgesamt hätten sich 5 von 6.5 Milliarden Menschen aus den prekärsten Lebensbedingungen befreien können und seien in der Lage, zumindest ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Es gehe jetzt vor allem um dasjenige Sechstel, das immer noch um das tägliche Überleben kämpfen muss. Markt und Freihandel würden allerdings nicht ausreichen, die armen Länder aus der Armutsfalle zu befreien. So seien wir gefordert, den Strom der Globalisierung zu steuern.

Gegen den von Sachs propagierten "big push" werden wiederum Stimmen laut wie die des amerikanischen Ökonomen William Easterly, der hier zu viel Planer-Hochmut befürchtet. Wer helfen will, so seine Argumentation, darf Armut nicht einfach als technisch-wissenschaftliches Problem begreifen, dem mit einer Reihe von Eingriffen beizukommen ist, sondern muss die komplizierte Verflochtenheit der Armutursachen und –phänomene sehen. Statt zu planen und zu verordnen sei es nötig, vielfältige regionale und lokale Unterschiede wahrzunehmen, Korruption und Bürokratie von Staatsapparaten zu bekämpfen und dadurch Wege einer neuen Entwicklungshilfe zu erschließen.

So scheint festzustehen: Die armen Länder des Südens brauchen nicht nur Geld, auch wenn ihre Hoffnung auf den reichen Norden gerichtet bleibt. Sie werden einen großen Teil der Anstrengungen selber leisten müssen. Good Governance, gute, verantwortungsvolle Regierungsführung, und effiziente Verwaltung als Grundbedingung einer neuen Entwicklungshilfe, müssen demokratische und rechtsstaatliche Institutionen wachsen lassen. Trotz religiös-kulturell bedingter Unterschiede in der Auffassung von demokratischer Teilhabe und Menschenrechten, muss ein Kern überall gültiger Rechte anerkannt werden, aus denen auch die westliche Zivilisation ihre Stärke bezieht, wenn unsere Vorstellung von der Einen Welt nicht leer bleiben soll. Nur der Rechtsstaat bildet den Garanten von Vertragsfreiheit und Vertragssicherheit als den Alternativen zu Klientelwirtschaft und Korruption. Erst Demokratisierung sorgt, wie Amartya Sen betont, dafür, dass Regierungen der Kritik und der Kontrolle durch ihre Bürger unterworfen und auf die Gewährung elementarer Anrechte verpflichtet werden. Demokratie und Rechtsstaat bieten die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum gerade dort, wo sich bisher kein übergreifendes Gesellschafts- und Wirtschaftsethos herausgebildet hat. Im Gegensatz dazu ist anzunehmen, dass vordemokratische Strukturen, wie sie unter dem Einfluss bestimmter islamischer Länder in Afrika nach Süden vordringen, dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft entgegen wirken.

Die Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei der Kreditvergabe haben sich vielfach als kontraproduktiv erwiesen. Die immer gleichen, marktliberalen Forderungen, insbesondere nach Privatisierung öffentlicher Güter, können nicht ohne Rücksicht auf die Situation eines Landes gestellt werden.

Die Freihandelsdoktrin, generell angewendet, ist keine gute Lösung. Sie wirkt ungerecht, wo elementare Asymmetrien in den Beziehungen zwischen armen und reichen Ländern bestehen und gleichzeitig die Öffnung der Märkte auf beiden Seiten gefordert wird. Das Theorem der komparativen Vorteile versagt in der realen Weltwirtschaft. Wie sollen unterentwickelte Habenichtse, die noch nicht einmal an die Geldwirtschaft angeschlossen sind, mit Industrienationen, die obendrein die Finanzmärkte beherrschen, einen fairen Handel treiben? Auch die Welt handelsorganisation (WTO) beginnt einzusehen, dass der Freihandel zwar den globalen Reichtum steigen lässt, aber nicht alle Boote zum Schwimmen bringt, weil viele Menschen gar kein Boot haben, dass die "große Chance Globalisierung" auch Verlierer in Massen hervorbringt. Das grundsätzliche Bekenntnis zum Freihandel darf nicht ausschließen, dass arme Entwicklungsländer Gewerbe und junge Industrien durch Einfuhrzölle schützen und die Öffnung ihrer Märkte begrenzen können. Ihnen muss auch das Recht zustehen, sich mit Kapitalverkehrskontrollen gegen kurzfristige Finanzströme abzusichern.

Für die armen Länder sind „fair terms of trade“ Voraussetzung, damit sie ihre Landwirtschaft, neben Bodenschätzen die vorläufig einzige Einnahmequelle auf dem Weltmarkt, entwickeln können, ohne Konkurrenz durch die subventionsgestützten Agrarprodukte der Industrieländer, die schon jetzt das System der Selbstversorgung in den afrikanischen Ländern zerstört. (Dass die produktionsgekoppelte Unterstützung der Landwirte in den Industrieländern dann wenigstens übergangsweise durch andere Beihilfen abgelöst werden muss, versteht sich von selbst).

Eine Mehrheit der Bevölkerung in den armen Ländern findet ein bescheidenes Auskommen im sogenannten informellen, nicht strukturierten Sektor. Hier wird eine immerhin verteilbare Wertschöpfung erzeugt, und auf lange Zeit werden noch viele Arbeitsplätze von ihm abhängen. Dieser Mehrheit gilt auch das Modell der Mikrokredite nach Muhammad Yunus, dem Friedensnobelpreisträger 2006. Es ist ein Banking auf Vertrauen, zugeschnitten auf diejenigen, die nicht genügend Sicherheiten vorzuweisen haben, um kreditwürdig zu sein, in Deutschland u.a. realisiert durch Oikocredit und GLS (Geben-Leihen-Schenken).

Warum sollte unsere Entwicklungspolitik gerade den Afrikanern helfen, kann gefragt werden, warum nicht in demselben Maße den Indern und anderen Völkern, die immer noch zum großen Teil in Armut leben? Der Grund liegt darin, dass manche Länder besser in der Lage scheinen sich selber zu helfen, als die Länder Afrikas. Rasse, Religion und Kultur liefern keine hinreichenden Erklärungen für wirtschaftliches Versagen, denn ganz unterschiedliche Bevölkerungen mit ihren Kulturen haben bereits den Anschluss gefunden oder stehen im Aufbruch dazu. Man muss auch die Voraussetzungen der Geographie und das damit zusammenhängende Klima und die tropischen Krankheiten in Rechnung stellen, die Afrika in ganz besonderem Maß belasten. Ein großer Teil seiner Bevölkerung lebt isoliert von den großen internationalen Handelsrouten, fern von Häfen und ohne geeignete Transportwege. Neben der immer noch grassierenden Malaria stellt AIDS die große Bedrohung vor allem der jungen arbeitsfähigen Menschen dar.

Entgegen den Ansätzen von Shikwati und Ziegler spricht Vieles für die Forderung von Sachs, die Hilfe für Afrika kräftig auszubauen. Sie muss aber mit Auflagen sowohl an die Geber- wie an die Empfängerländer versehen werden, damit diese Hilfe anders als in der Vergangenheit wirkungsvoll ist. Für jedes Land ist ein Aktionsplan aufzustellen, der die Projekte definiert und den Zufluss der Mittel dosiert. Das setzt voraus, dass die jeweils engagierten Geberländer ihre Hilfe künftig koordinieren. Um Korruption in Grenzen zu halten, wird ein Vertrag geschlossen, der bei Vertragsverletzungen Sanktionen bis hin zum Abbruch der Hilfe vorsieht. Sachs' Einschätzung, unser technisches Potential könne die Kraft haben, auch die Ökonomie der armen Länder anspringen zu lassen, mag zu optimistisch sein. Man wird aber zustimmen, dass die Aussichten dafür steigen, wenn die künftige Hilfe sich nachprüfbar auf Entwicklung richtet, statt wie in der Vergangenheit zum großen Teil auf politischen Einfluss im Dienst geostrategischer Ziele.

Die Kosten werden in jedem Fall hoch sein, mit 0.5% des BIP der reichen Länder insgesamt doppelt so hoch wie bisher. Die auch weiterhin unverzichtbare humanitäre Hilfe wird sie auf den schon lange geforderten Umfang von 0.7% des BIP steigen lassen.

Doch alle Anstrengungen bleiben letzten Endes Stückwerk, wenn sie nicht eine Perspektive öffnen für die Jahrhundertaufgabe, den Menschen dieser armen Länder die konkrete Teilhabe an dem Leben zu ermöglichen, das ihnen die modernen Kommunikationsmittel schon heute vor Augen führen. Was sie dort sehen können, ist himmelweit verschieden von ihrer Lebenswelt. Auf Dauer werden sie es nicht hinnehmen, dass ihnen dieses andere Leben vorenthalten bleiben soll. Nicht einfach um zu überleben, sondern um besser zu leben, nehmen viele von ihnen die oft tödlichen Risiken der illegalen Migration nach Europa auf sich.

Zwar wird künftiger Wohlstand in der einen Welt immer viele Gesichter haben und eine nur nachholende Entwicklung, selbst wenn eine neue Art von Entwicklungshilfe erfolgreich wäre, ihn nicht herbeiführen. Aber ohne neue Technologien wird nichts erreicht werden. Nirgends wird das so deutlich wie auf dem Feld der Energieerzeugung, das alle technischen Zivilisationen beherrscht. Die armen Länder, aber auch Nigeria mit seinen Ölvorräten, haben keinerlei Chance, ihren mit der Entwicklung steigenden Bedarf aus den vorhandenen Quellen zu decken, wenn sie erst in den Weltmarkt eingebunden sind. Die Entwicklung neuer Energiequellen und der entsprechenden dezentral organisierten Verteilernetze verlangt, zuerst die Basis für jede weitere Entwicklung in der Welt zu schaffen. Erst unter der Voraussetzung einer flächendeckenden Energieversorgung, einer funktionierenden Kommunikationstechnik und ausreichender Transportwege, wird Entwicklungshilfe mit Aussicht auf Erfolg erneut dort ansetzen können, wo sie in der frühen Nachkolonialzeit mit ehrgeizigen und teuren Großprojekten gescheitert ist, beim stufenweisen Aufbau von Transformationsindustrien, die es den Ländern erlauben, ihre Rohstoffvorkommen selber umzuwandeln.

Dieser Schritt, die Armut mit Wirtschaftstätigkeit dauerhaft zu beseitigen, ist aber nur mit Direktinvestitionen zu bewältigen. Deren Bilanz fällt für die ärmsten Länder bisher äußerst mager aus. Weniger als die Hälfte geht überhaupt in Entwicklungsländer, ein Drittel davon nach China, das nicht mehr zu dieser Kategorie zählt. Mehr als zwei Prozent entfallen auf Afrika südlich der Sahara, für das sich selbst Südafrika als eine

weniger zugkräftige Lokomotive erweist als China. Darum muss Afrika Investitionsstandort werden, über die Technologievermittlung, etwa im Kommunikationsbereich hinaus, die bisher eher Surrogatcharakter trägt. Überall dort, wo das Regierungshandeln die Voraussetzungen bietet, müssen nach Beseitigung der größten Infrastrukturdefizite Investitionen nach Afrika gelenkt werden, um dort ein verarbeitendes Gewerbe entstehen zu lassen, als Voraussetzung für eine Industrialisierung, sobald erst einmal die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte in Gang gekommen ist.

Doch selbst wenn sich die Länder Afrikas in der Anstrengung zusammenschließen, sich selber zu helfen, werden die erforderlichen enormen Investitionsmittel überwiegend aus dem Ausland kommen müssen. Das kann nicht ohne eine abgestimmte Kombination unternehmerischer Initiativen mit staatsdirigistischen Maßnahmen der Geber- und Empfängerländer gelingen. Anreize müssen geschaffen, Risiken und Verluste abgesichert und kompensiert werden, wenn Investitionen nicht weiterhin fast ausschließlich profitableren Regionen außerhalb Afrikas zufließen sollen. Entwicklungshilfe muss ein ganz neues Gesicht erhalten, wenn sie mehr erreichen will als die Stärkung der Landwirtschaft, faire Rohstoffpreise und Stützung des informellen Sektors.

Ein erster Schritt auf afrikanischer Seite zur Unterstützung der Millenniumsvorhaben könnte die NEPAD-Initiative (New Partnership for Africa's Development) seit dem Jahr 2001 sein, wenn sie nicht in afrikanischen Querelen versandet. Eines der Hauptziele ist die Mobilisierung einheimischer Finanzreserven. Ein europäisches Gegenstück könnte die zivilgesellschaftliche Initiative des "Global Marshall Plan" werden.

Niemand aber darf sich über die Größe dieser Jahrhundertaufgabe täuschen, die eine nicht gekannte Ausdauer und Frustrationstoleranz von uns fordern wird, wenn wir über unsere nationalen und europäischen Grenzen hinaus Wege finden wollen für das Leben in der Einen Welt.

Energie und Nachhaltigkeit

Die Verfügung über Energie ist lebensnotwendig für das Funktionieren von Gesellschaften. Achtzig Prozent aller Umwelt- und Entwicklungsprobleme hängen von Energiefragen ab. In Deutschland ist die herausragende Bedeutung der Energiepolitik für die künftige Entwicklung noch nicht angemessen erkannt. Die erfahrungsnahen Auseinandersetzungen um Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung, Familiengerechtigkeit, Altersvorsorge, Verteuerung der Lebenshaltung verstellen den Blick auf die Bedrohung, die uns aus dem gegenwärtigen Energiesystem erwächst. Ohne eine Energiewende werden wir seine zerstörerischen Folgen bereits in den nächsten Jahrzehnten zu spüren bekommen. Die vor uns liegende Herausforderung besteht inzwischen nicht mehr in der Erstellung weiterer Grundsatzanalysen, sondern in der Verfolgung politischer Gestaltungsprozesse.

Klimawandel

Der Befund ist mittlerweile eindeutig, dass der Mensch durch seine Treibhausgasemissionen zunehmend das Klima verändert. Wir befinden uns bereits mitten im Klimawandel, und dieser Wandel erfolgt schneller, als noch vor einigen Jahren vermutet. Dürren, Fluten und Hitzewellen sind unübersehbare Warnsignale. Die Gletscher gehen weltweit zurück, die Arktis schmilzt weiter im Rekordtempo. Klimazonen verschieben sich. Ackerland wird zu Wüste. Wüstenflächen in Afrika und Asien, aber auch in Nordamerika und Europa breiten sich weiter aus. Immer häufigere und länger andauernde Hungersnöte sind die Folge. Der Zugang zu Süßwasser wird durch den Klimawandel noch erschwert werden. Es gibt schon heute mehr Flüchtlinge wegen des Klimawandels als durch Krieg und Bürgerkrieg.

Die Versuche, das Problem kleinzureden, sind eher von Wunschdenken oder Eigeninteresse als von wissenschaftlicher Einsicht beflügelt. Trotz der Vereinbarungen der Kyoto-Konferenz ist der weltweite CO₂-Ausstoß weiter gewachsen, weltweit um 14 Prozent in den vergangenen fünf Jahren; 2005 war das Jahr mit dem bisher höchsten Ausstoß.

Die britische Außenministerin Margaret Beckett hat in ihrer „Berliner Grundsatzrede zur Klimasicherheit“ am 24.10.2006 herausgestellt, „dass Klimaschutz keine Option ist, für die man sich entscheiden kann oder auch nicht, sondern ein zwingendes Gebot.“ Denn „derselbe Prozess, der heute den Menschen ein besseres Leben ermöglicht, zerstört ihre Zukunft.“

Ökonomie und Umwelt

„Nichtstun kommt uns teuer zu stehen“ ist die wesentliche Botschaft des Berichts vom 30.10.2006 über die Ökonomie des Klimawandels, vorgelegt von Nicholas Stern, dem früheren Chef-Ökonomen der Weltbank. Wird ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts in nachhaltige Klimapolitik investiert, lassen sich die desaströsen Folgen des Klimawandels und Billionen Schäden für die Weltwirtschaft vermeiden. Niedrige Umweltstandards werden also künftig keinen Wettbewerbsvorteil mehr darstellen. Das Argument, Maßnahmen zum Klimaschutz würden

für die Wirtschaft zu teuer werden, ist hinfällig. Werden Klimawandel und wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt betrachtet, so zeigt sich, dass es sich auch volkswirtschaftlich lohnt, die globale Erwärmung zu begrenzen. Mit anderen Worten: „Es ist billiger, den Klimawandel zu bekämpfen, als mit ihm zu leben.“

Zwischen Anpassen und Vermeiden

Konkret sollen die künftigen Maßnahmen für den Klimaschutz dazu führen, einen Mittelweg zwischen Anpassung an die schon jetzt unvermeidlichen Folgen und Vermeidung des noch Schlimmeren zu finden.

In Deutschland wurde im Anschluss an ein neues Klimamodell des Umweltbundesamtes ein „Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung“ gegründet. Anpassung an den Klimawandel betrifft den Küstenschutz, Wasserkreisläufe und Hochwasser, Stadtplanung, Kulturen in Ackerbau und Fortwirtschaft, Wüstenentwicklungen in Europa (beispielsweise Südspanien).

Bei den rigorosen Klimazielen der EU wurden mittel- (bis 2020) und langfristige (bis 2050) Klimaziele festgelegt. Dabei soll der globale Mittelwert das vorindustrielle Niveau nicht um mehr als 2°C übersteigen. Jenseits der 2-Grad-Marke droht eine Häufung unkalkulierbarer Klimafolgen. Bei dieser 2-Grad-Celsius-Strategie der EU müssten sich die weltweiten jährlichen CO₂-Emissionen bis 2050 halbieren. Als notwendiger deutscher Beitrag sind die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 und um 80 Prozent bis zur Mitte des Jahrhunderts zu reduzieren. Solche Ziele lassen sich mit den heutigen Technologien fast schon erreichen. Entscheidend dabei ist eine radikale Reduktion unseres Energie-Verbrauchs, der für rund 80 Prozent jener Emissionen verantwortlich ist, von denen die Erde aufgeheizt wird.

Nachhaltige Energiewirtschaft

Nachhaltige Energiewirtschaft ist schon jetzt machbar:

- Energieerzeugung mit Solaranlagen, Windrädern, Biomasseöfen und Geothermie und kleinen Wasserkraftwerken ist vor Ort verfügbar, schafft Arbeitsplätze in der Region und hat geringe Auswirkungen auf die Umwelt.
- Die neuen Märkte im Rahmen einer Energiewende schaffen auch im Inland eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze, denn viele der neuen Techniken sind beschäftigungsintensiv. Die Systeme müssen dezentral errichtet und betrieben werden und sichern daher überall dauerhaft Arbeitsplätze, die lokal gebunden sind. Die neuen Arbeitsplätze entstehen allerdings häufig nicht am Standort des Arbeitsplatzabbaus und oft in anderen Branchen und bei anderen Dienstleistern.
- Lehre, Ausbildung und Fortbildung spielen eine wichtige Rolle für innovative Techniken und effiziente Energieanwendung und haben daher ebenfalls arbeitsplatzschaffende Wirkung.

Die drei Säulen der Energiewende

Soll die Energiewende gelingen, müssen drei Strategien gleichzeitig und konsequent verfolgt werden:

Substitution (Das ist vor allem der Ersatz fossiler durch erneuerbare Energieträger.),

Effizienz (Das sind vor allem rationale Energieerzeugung und -verwendung durch moderne Technologien und Energieeinsparung.),

Suffizienz (Das ist vor allem der Verzicht auf bestimmte Anwendungen im Rahmen veränderter Wohlstandsmodelle.).

Sie stellen gleichsam die drei Säulen der Energiewende dar.

Substitution

Substitution meint mehr als nur den Austausch eines Primärenergieträgers durch einen anderen. Vielmehr ist ein Umbau des Energieversorgungssystems unabdingbar damit verbunden. Ein Fahrplan für den Übergang – der der Übergang zu einer Solargesellschaft werden könnte! – ist in einem Szenario des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) entwickelt worden. Zusammengesetzt aus Solarwärme, Solarstrom, Biomasse, Windenergie, Wasserkraft und Geothermie ergeben sich hervorragende Möglichkeiten für einen Technologiemix. Dieses Szenario hält ökonomische und ökologische Standards ein. Unter den Möglichkeiten beim Übergang zu einer Solargesellschaft sind neue Ideen und Techniken, die in den letzten Jahren auf den Markt gekommen sind. Sie charakterisieren den Ideenreichtum der Ingenieurskunst sowie die Zukunftsbegeisterung und Aufbruchsstimmung bei einem Teil der jüngeren Generation.

Die Suche nach den technisch, wirtschaftlich und ökologisch besten Lösungen wird noch einen beträchtlichen Aufwand an Investitionen, Ideen, Forschungs- und Versuchsprojekten erfordern. Das gilt z.B. für die Off-Shore-Windparks, die Nutzung von Bio-Energie, die Zukunft der Wasserstofftechnik und Brennstoffzellen, die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Sequestrierung).

Experten weisen darauf hin, dass es keinen Sinn hat, einzelne Energieträger zu betrachten, zu vergleichen oder gegeneinander auszuspielen. Entscheidend ist vielmehr der gesamte Weg von Energieerzeugung, Wandlung und Transport bis zur Nutzung beim Verbraucher. *Energiesysteme* müssen also von der Quelle bis zum Endverbraucher miteinander verglichen werden. Die Suche nach der besten Lösung für eine gewünschte Energiedienstleistung (Licht, Wärme, Strom, Verkehr) muss deshalb intensiv gefördert und betrieben werden.

Effizienz

Die effiziente Nutzung von Energie verdient entschieden mehr Aufmerksamkeit als bisher sowohl im privaten und öffentlichen Sektor wie in der Politik.

Der Ersatz fossiler durch erneuerbare Energien muss ergänzt werden durch massive Effizienzsteigerungen beim Weg von der Primärenergie zur Endenergie, in der Verkehrs-, Gebäude- und Gerätetechnik und beim Einsparen von Energie durch Verbraucher in den privaten Haushalten, in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst. Langfristig hat die Einsparung von Energie auch einen wichtigen finanziellen Effekt. „Es ist viel billiger, fossile Brennstoffe einzusparen, als sie zu kaufen“; wohlverstandener Klimaschutz senkt die Kosten!

Ein bedeutend höherer Wirkungsgrad von Energieleistungen ist möglich, wenn die Energie dort eingesammelt und umgewandelt wird, wo sie auch genutzt wird. Dies ist

ein erheblicher Vorteil vieler erneuerbarer Energien und gilt in hohem Maße für die Bereitstellung von Energie in den Entwicklungsländern.

Allerdings ist nicht zu verkennen, dass durch eine effizientere Nutzung von Energie zwar der Energieverbrauch pro Kopf verringert wird, dass aber durch das Bevölkerungswachstum und die weltweit wachsende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der Energieverbrauch und damit die CO₂-Emission global weiterhin wachsen werden. Das gilt auch für einige der oben genannten Substitutionen. Auch Solar- und Brennstoffzellen müssen hergestellt und entsorgt, auch der Wasserstoff muss bevorratet und transportiert werden. Effizienz allein kann daher den zunehmenden Bedarf nicht befriedigen und die wachsenden Belastungen der Natur nicht vermeiden.

Suffizienz

Suffizienz bedeutet die Orientierung an Genügsamkeit und Bescheidenheit, auch die Schärfung des Realitätssinnes angesichts der objektiv verfügbaren Ressourcen, um gegenwärtige Wohlstandsmodelle und Konsummuster auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen. Seit der Antike ist Suffizienz als die Frage nach dem rechten Maß bedacht worden, nach dem, was Menschen gut tut und bekommt, was Gesundheit, Zufriedenheit, Gemeinschaft ermöglicht. „Wir werden ein neues Bild davon entwickeln, was gutes Leben heißt. ... Wir werden durch andere Wohlstandsmodelle unseren Energieverbrauch senken, und trotzdem werden wir besser und bewusster leben können“, behauptet Wolfgang Gründinger in seinem Buch *Die Energiefalle* von 2006. Welchen Einfluss haben aber Einschränkungen im Verbrauch auf das Wirtschaftswachstum und damit auf die Arbeitsplätze? Maßhalten schont Ressourcen, reduziert aber u.U. auch das Wirtschaftswachstum und damit die Zahl der Vollarbeitsplätze in den Betrieben. Dies ist abzuwägen gegen neue Arbeitsplätze und Erwerbszweige, die durch die oben genannten Investitionen in erneuerbare Energien und die Effizienzrevolution entstehen.

Die mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise einher gehenden Veränderungen in Lebensweise, Arbeitsmarkt und ökonomischer Sicherheit dürfen nicht auf Kosten der Erwerbslosen gehen. Sofern nachhaltiges Wirtschaften mit weniger Erwerbsarbeit verknüpft ist, benötigen wir eine alternative Form der Existenzsicherung. Das Sozialhilfesystem kann dies nicht leisten, da es auf Notfälle abgestellt ist. Diese Sicherung könnte in der Einführung eines **Grundeinkommens**, z.B. in der Form einer bedingungslosen finanziellen Zuwendung bestehen, die jedem Mitglied der Gesellschaft in existenzsichernder Höhe, ohne Rücksicht auf sonstige Einkommen, Arbeits- oder Lebensweise, als Rechtsanspruch zusteht.

Es ist bemerkenswert, dass viele Elemente des nachhaltigen Wirtschaftens auch in den Überlegungen zum Grundeinkommen auftauchen. Beide haben zu tun mit einer Änderung des Lebensstils und der Grundeinstellung, mit einer Reduktion des Ressourcen verschwendenden Wachstums. Studien in Industrieländern zeigen, dass umfassende soziale Sicherung und gesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen Hand in Hand gehen. Wenn die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt wird, bei Reduktion der Arbeitszeit, so bedeutet dies, dass eine Wahlmöglichkeit besteht zwischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit bzw. sonstiger Beschäftigung (ehrenamtliche Tätigkeiten, soziales und/oder politisches Engagement). Aus der

allgemeinen Reduktion der Arbeitszeit würde folgen, dass Männer und Frauen gleichermaßen mehr Zeit haben, sich um Familie und Kinder zu kümmern.

Handlungsperspektiven

Der Klimawandel hat eine neue Dimension erreicht, das Problem der Erderwärmung ist auch bei Spitzenmanagern, Rückversicherern und Börsenkursen, in den Schlagzeilen der Zeitungen und wohl auch in den Köpfen der Menschen angekommen. Ein anderer Umgang mit Energie ist eine der zentralen Fragen bei der Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen. Auf den Markt ist dabei kein Verlass. Vielmehr muss die Politik dafür sorgen, mit Steuern und Vorschriften, mit Förderprogrammen und Aufklärungskampagnen. Zum Management der Energiewende, an dem sich Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligen müssen, gehören neben dem prinzipiellen Umbau des Energiesystems und einem klimaverträglichen Verkehrssystem viele einzelne Schritte: effiziente Kraftwerke für die Erzeugung von Strom und Wärme; Entwicklung erneuerbarer Energien (Wind- und Solaranlagen, Bioenergie, Wasserkraft); sparsamere Autos und besser isolierte Häuser; Einsparungen bei Beleuchtung, Standby, Elektromotoren und Geräten; Bunkerung des Kohlendioxids. Die Wandlungen der Energiestrukturen in Industrieländern haben Vorbildcharakter und Signalwirkung für die sich entwickelnden Länder. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft basiert wesentlich auf einer Orientierung an Lebensqualität statt an Gütermenge.

Maßnahmen

Nötig sind ein umfassendes Politikkonzept für die nächsten Jahrzehnte und solidarisches Handeln von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Industrie und Medien. Von den Maßnahmen und Folgen einer Energiewende sind viele betroffen. Daher sind auch solidarische Lösungen mit Investitionen in die Zukunft erforderlich.

Politik: Die Wege zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft erfolgen nicht über den Markt, sondern werden durch die Politik gesetzt. Dies betrifft alle Ressorts innerhalb der Regierung. Geeignete Rahmenbedingungen locken privat verfügbare Kapitalströme in Richtung CO₂-armer Lösungen. Dazu gehören die richtige Handhabung des Emissionshandels sowie die intensive staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich. Nach dem Präsidenten des Umweltbundesamtes Andreas Troge ist für diese Maßnahmen im Rahmen eines vom Umweltbundesamt vertretenen Energiekonzepts ein Aufwand an Haushaltsmitteln in Höhe von rund 4 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich, entsprechend einer monatlichen Belastung pro Haushalt von acht Euro. Zum Vergleich: Die EU-Zuckermarktordnung kostet Deutschland jährlich 6,5 Milliarden Euro.

Kommunen: Der kommunalen Handlungsebene muss eine gewichtigere Rolle bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitik eingeräumt werden. Verbraucherzentralen sollen gestärkt statt abgebaut werden. Beim Verkauf von Baugrund oder Bauerwartungsland für Eigenheime, Reihenhäuser oder Hotels sollten Auflagen gemacht werden, nur solche Bauten zu erstellen, die u.a. hohen Standards der Wärmedämmung genügen und deshalb öffentliche Fördermittel wert sind.

Verkehrstechnik: Da die Selbstverpflichtung der Industrie, den CO₂-Ausstoß der von ihnen verkauften Autos in Zukunft drastisch zu senken, vermutlich scheitern wird, wird die Regierung ordnungsrechtlich handeln müssen und geeignete Sanktionen vorsehen. Das wird allerdings nicht reichen, wenn die Verbraucher nicht überzeugt werden können, dass es „cooler“ ist, ein 3-Liter-Auto zu kaufen, anstatt Neuwagen unter dem Motto „stärker, schneller, schwerer“ anzuschaffen. Mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes ist dringend zu fordern, Flugtreibstoff zu besteuern. Ausgerechnet der expansivste Verkehrssektor, der Flugverkehr, darf nicht von der normalen Energiesteuer verschont werden.

Wirtschaft und Industrie: Von den vier großen Stromkonzernen ist zum Beispiel zu verlangen, dass sie bei der Modernisierung des Kraftwerksparks auf neue Braunkohlekraftwerke verzichten, dass sie aktiv an Energiesparstrategien teilnehmen und einen Teil der erwirtschafteten Gewinne in Forschung und Entwicklung auf den Gebieten Energieeffizienz und regenerative Energien stecken, anstatt Personal abzubauen.

Private Haushalte: Jede und jeder einzelne soll Ernst machen mit den Möglichkeiten des sparsamen Umgangs mit Energie. Dazu gehört auch die Sanierung und Isolierung von Gebäuden. Das Mietrecht muss die Mieter zum sparsamen Umgang mit Wärme motivieren.

Medien: Den Medien fällt eine stärkere Rolle bei den für die Allgemeinheit wichtigen Fragen zum Klimaproblem zu, etwa der Frage, welche Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung ergriffen werden sollten und welche Rolle die wichtige 2-Grad-Celsius Strategie und die Minderungsziele der EU dabei spielen.

Kirchen und kirchliche Einrichtungen: In einem Expertentext der Deutschen Bischofskonferenz zum Klimawandel vom September 2006 wird eine ernsthafte Wahrnehmung der kirchlichen Klimaverantwortung in folgenden drei Punkten unverzichtbar gehalten:

- (a) eine Verankerung der Schöpfungsverantwortung im Selbstverständnis der Kirche in Diakonie, Verkündigung und Liturgie;
- (b) ein entschiedenes Eintreten für Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen sowie des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns zugunsten des Klimaschutzes, sowohl auf lokaler und regionaler wie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- (c) Ermutigung, Förderung und Durchführung praktischer Initiativen für klimafreundliches Handeln und eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger.

Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, warnte anlässlich der UN-Klimakonferenz in Nairobi im November 2006: „Wer jetzt noch Zweifel sät, der hat in Wahrheit keine Argumente mehr: Die Welt muss gegen den Klimawandel kämpfen, solange es noch möglich ist.“

Der künftige Wohlstand der Welt wird von einer technischen Zivilisation abhängen, die ohne die erschöpfende Ausbeutung begrenzter Energieressourcen mit ihren globalen Risiken auskommt.

Nachwort

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland hat diesen Überlegungen ihres Arbeitskreises Gerechtigkeit durch Beschluss der Delegiertenversammlung in Fulda am 14. April 2007 ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung zugestimmt und eine Veröffentlichung als Verlautbarung veranlasst. Sie tritt damit bei den eigenen Mitgliedern und in der Öffentlichkeit nachdrücklich für eine Politik der Nachhaltigkeit ein. Für Christen ist eine solche Politik nicht mehr verhandelbar. Sie muss unser Handeln bestimmen.

Die krisenhafte Entwicklung unseres Zusammenlebens – die Bedrohung des Friedens, fehlende Gerechtigkeit, mangelnde Solidarität - erzwingen einen starken, oft unbequemen Bürgerwillen.

Wir müssen einen „planetarischen Bund“ für Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität ansteuern, damit wir die Erde bewohnbar erhalten und das Leben auf ihr für alle lebenswert wird.

Wir sind es gewohnt, aus Erfahrungen zu lernen. Das ist gut so. Aber heute ist es ungleich wichtiger geworden, zu lernen, dass unser Tun und Lassen auf globale Distanz und in die Zukunft der Generationen nach uns wirkt.

Zwei Grundhaltungen werden wir uns daher aneignen müssen:

- Wir werden die Folgen unserer Lebensweise vorausschauend bedenken und die politischen Entscheidungen daran ausrichten müssen.
- Wir werden uns die Perspektive der Verlierer zu eigen machen müssen, damit wir gerechte Verhältnisse für alle erreichen.

Das ist der notwendige common sense. Christen verstehen ihn als Verpflichtung durch ihren Glauben.

Dezember 2006 / April 2007

Die Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit:

Horst Baumann (LV Hessen),

Rolf Bellmann (LV Westfalen),

Manfred Berg (LV Berlin-Brandenburg),

Margot Gilch (LV Württemberg),

Dr. Werner Grau (LV Pfalz-Saar),

Siegfried Heinzel (LV Niedersachsen),

Christoph Hertel (LV Bayern),

Heiner Krückels (Bundesvorstand),

Peter Meyer (LV Nordwest),

Margret Schoenborn (Beauftragte des BV / LV Rheinland),

Jürgen von Strauwitz (LV Sachsen),

Dr. Peter Trappe (EA-Vertreter im AttacRat),

Dr. Gerd Wibberenz (LV Hamburg-Schleswig-Holstein).

Der Text dieser Broschüre ist auch auf den Internet-Seiten der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland unter der Adresse www.evangelische-akademiker.de aufzurufen. Dort gibt es auch die Möglichkeit, Beiträge dazu einzusenden.

Satz und Layout: Günter Hegele

Druck: Kerker Druck, Kaiserslautern

evangelische aspekte

Die *Evangelische Akademikerschaft in Deutschland* gibt die Zeitschrift **evangelische aspekte** heraus. (Leitender Redakteur: Dr. Michael Wildberger, Friedrich-Karl-Str. 13, 67655 Kaiserslautern; Tel (631) 26459, Fax (0631) 3110790; eMail Michael.Wildberger@t-online.de).

In Bericht, Analyse und Kommentar befassen sich die **evangelischen aspekte** mit Wissenschaft und Kunst, Kirche und Theologie, Politik und Wirtschaft.

Jedes Heft hat ein Schwerpunktthema; im „Spektrum“ werden unterschiedliche Themen behandelt, die „Theologische Werkstatt“ gibt einen Einblick in die aktuelle Diskussion in der theologischen Wissenschaft. In ständigen Rubriken wird aus der Arbeit der Evangelischen Akademikerschaft und der Evangelischen Studentinnen- und Studentengemeinde berichtet. Viele Texte stammen aus Veranstaltungen der Evangelischen Akademikerschaft.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich im Verlag der Evangelischen Gesellschaft GmbH, Stuttgart, jeweils in der Mitte des Quartals, und kostet im Abonnement 16,- € im Jahr. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abonnements, Probe-Abos und Einzelhefte beim *Verlag der Evangelischen Gesellschaft, Postfach 103852, 70033 Stuttgart; Tel (0711) 6010057.*

